

Betrunkener rammt acht geparkte Autos und einen Roller

Ein spektakulärer Unfall in Mescenich endete am Dienstagabend beinahe in einem Tumult. Streifenpolizisten riefen Beamte einer Hundertschaft zur Hilfe, die schließlich mehr als hundert Schaulustige von der Unfallstelle verweisen mussten. Gegen 23.15 Uhr hatte ein 33 Jahre alter alkoholisierte Autofahrer laut Polizei auf der Alten Fischchenicher Straße die Kontrolle über sein Fahrzeug verloren. Er rammte sieben geparkte Autos und einen Roller. Leicht verletzt wollte der Mann zu Fuß flüchten, aber Zeugen hielten ihn fest. Die Unfallstelle erstreckte sich über zwei Fahrbahnen und angrenzende Grünflächen. Der 33-jährige musste eine Blutprobe abgeben. Er besitzt keinen Führerschein. (ts)



Das Fahrzeug des betrunkenen Unfallfahrers Foto: Jasmin

Stadtteil in Regenbogenfarben zum CSD

Die Kölner Verkehrs-Betriebe AG hat anlässlich des bevorstehenden CSD und der Erinnerung an den Stonewall-Aufstand in der New Yorker Christopher Street vor 50 Jahren gemeinsam mit der Stadt Köln eine „Vielfalt-Bahn“ in den Farben der Regenbogenflagge gestaltet. Die Nieflur-Bahn, die für Köln unter anderem mit den Attributen „weltffen“ „bunt“ „wertschätzend“ und „respektvoll“ wirbt, wird zunächst zwei Jahre lang auf den Linien 1, 7, 9, 12 und 15 unterwegs sein. (red)



Ein Stadtteilwagen der KVB für Vielfalt und Toleranz Foto: KVB

STAUMELDER



Spurrungen und Behinderungen auf den Kölner Straßen:

Rund um das Messegelände ist wegen der CCXP Cologne zwischen 8 und 11 Uhr sowie von 17 bis 19 Uhr mit deutlich erhöhtem Verkehrsaufkommen zu rechnen.

In Ehrenfeld kommt es an der Kreuzung von Ehrenfeldgürtel und Vogelsanger Straße zu Fahrbahnengangungen und Spurperrungen.

In Rodenkirchen ist die Brückenstraße auf Höhe der Kreuzung Frankstraße in beiden Fahrtrichtungen eingeebnet.

www.ksta.de/verkehr

RADIO KÖLN

... von 6 bis 10 Uhr mit Christian vom Hofe und Judith Pamme: Wir verschenken Eis für die Mittagspause - mitmachen und gewinnen.



Die Fläche des Godorfer Hafenbeckens sollte Richtung Sürth (oben Mitte) für ein Containerterminal fast verdoppelt werden. Archivfoto: stef

„Machen wir den Deckel zu“

Der Ausbau des Godorfer Hafens steht offenbar endgültig vor dem Aus

VON ULRIKE SÜSSER

Der Ausbau des Godorfer Hafens im Naturschutzgebiet Sürther Aue steht offenbar endgültig vor dem Aus. Bernd Petekau, der Fraktions- und Parteivorsitzende der Kölner CDU und Mitglied des Landtags, sagte bei einer Bürgerveranstaltung in Sürth: „Wir werden den Hafenausbau bis zum Ende des Jahres formell beenden und mit dem Thema nicht in die neue Wahlperiode gehen“. Das ist ein Paukenschlag, und es bedeutet, dass eine Ratsmehrheit von CDU, Grünen, der Linken und der FDP in einer der kommenden Sitzungen den nach wie vor geltenden Ausbaubeschluss wohl zurücknehmen wird.

Im Jahr 2007 hatte sich der Stadtrat mit der Stimmenmehrheit von CDU und SPD erstmals für den Godorfer Hafenausbau ausgesprochen. Die Grünen und die FDP lehnten das Vorhaben schon damals ab. Der Beschluss war von Anfang an umstritten. Bürger, die sich zu einer „AG Contra Hafenerweiterung“ zusammengeschlossen hatten, sowie Politiker des Kölner Südens kämpften seit den 1990er Jahren – also lange vor dem offiziellen Ausbaubeschluss – gegen die Erweiterung, die die städtische Hafengesellschaft HGK im Naturschutzgebiet Sürther Aue plante. Rund 75 Millionen Euro soll das Projekt den jüngsten Berechnungen zufolge kosten.

„So eine klare Ansage ist eine

Sensation“, sagte Manfred Giesen vom Bürgerverein „Für Sürth“, der die Versammlung organisiert und dazu Vertreter der Ratsfraktionen eingeladen hatte. „Für Sürth“ gehört zur AG Hafen, Giesen ist zugleich der Fraktionsvorsitzende der Grünen in der Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Zwar besteht seit 2016 eine Vereinbarung zwischen CDU und den Grünen im Rat, dass vor allem aus wirtschaftlichen Gründen auf die Weiterführung der Hafenplanungen verzichtet werden solle. Aber von einer

konkreten Aufhebung des Beschlusses war im Rathaus bislang nicht die Rede. Es gab vor allem Bedenken wegen der für eben diesen Fall angemahnten Kostenerstattung in Höhe von rund acht Millionen durch die Hafenbetreiberin HGK. Im Gegensatz dazu hatte die Bezirksvertretung Rodenkirchen die Rücknahme im vorigen April einstimmig bei Enthaltung der SPD gefordert.

In der Bürgerversammlung im Auferstehungssaal in Sürth sagte der Ratsgrüne Jörg Frank, dass sämtliche bisherige Gutachten

zur Wirtschaftlichkeit nicht überzeugt hätten. Auch aus ökologischen Gründen sei es sinnvoll, den Ratsbeschluss aufzuheben. „Machen wir den Deckel zu“, forderte er, der Hafenausbau in Godorf sei ein „Ladenhüter“. Der Landtagsabgeordnete und Kölner FDP-Vorsitzende Lorenz Deutsch sowie Berthold Bronisz, der für die Linken auf dem Podium saß, äußerten ebenfalls ein klares Nein zum Hafenausbau. Allein der Fraktionsvorsitzende der Rats-SPD, Christian Joisten, hält das Vorhaben für sinnvoll. „Wir müssen alternative Wege gehen in der Logistik und verstärkt Bahn und Binnenschiffahrt ausbauen“, betonte er und blieb damit der SPD-Haltung treu.

Achim Götz von der AG Hafen ging in einem Kurzvortrag darauf ein, dass die von der HGK angegebenen Wachstumsprognosen im Godorfer Hafen nicht eingetreten seien und dass woanders genügend Umschlagkapazitäten geschaffen würden; etwa in Lülsdorf, Bonn, am Eifeltor, in Niehl sowie im Logistikzentrum Köln Nord. „Das entspricht der Realität“, sagte Bernd Petekau. Der teure Hafenausbau in Godorf sei Geldverschwendungen – Geld, das zum Beispiel für die Sanierung maroder Brücken dringend gebraucht werde. Außerdem sei die „Frischluftschneise“ Sürther Aue unverzichtbar angesichts der zunehmenden Bebauung im Kölner Süden.



Gut gelaunt: Christian Joisten, Lorenz Deutsch, Bernd Petekau und Jörg Frank (v.l.) bei der Bürgerversammlung in Sürth. Foto: süs

SEIT 2009 RUHEN DIE AUSBAUARBEITEN

Mitte 2009 stoppte das Verwaltungsgericht Köln das Planverfahren zum Ausbau des Godorfer Hafens aus formalen Gründen, danach ruhten die Arbeiten. Die HGK ging erfolglos in Berufung, 2015 kippte das Bundesverwaltungsgericht erneut den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung. Geklagt hatten

Bürger des Kölner Südens. Die AG Hafen hatte zuvor federführend durch Dieter Neef, der inzwischen verstorben ist, und Helmut Feld ein Bürgerbegehren angestrebt, das jedoch von der Stadt als unzulässig abgelehnt worden war. Eine Einwohnerbefragung 2011 scheiterte am nötigen Quorum. (süs)

Sexpuppe bestellt und nicht bezahlt

42-Jähriger wegen Betrugs vor dem Amtsgericht – 1000 Euro Geldstrafe

VON HARIETT DRACK

Sie heißen Antonia, Holly, Nanny oder Mica, haben stets Modelmaße und ihren Preis: Zwischen 998 und 1418 Euro kosten die lebensgroßen Sexpuppen, die über einen Sex-Shop online angeboten werden und einem alleinerziehenden Vater zum Verhängnis wurden.

Er bestellte „Nancy“ zum Schnäppchenpreis von 998 Euro bei „30 Tage Rücknahmegarantie und ungeöffneter Hygienefolie“. Und weil seine finanzielle Situation bei 1200 Euro netto für eine Hausmeistertätigkeit und einem zusätzlichen Minijob als Kellner nicht allzu rosig war, klickte er auf dem Online-For-

mular auch gleich Ratenzahlung an: Mit 70 Euro im Monat wollte er die Sexpuppe abbezahlen.

Doch die Puppe kam angeblich nie an, wurde laut Sexshop aber geliefert. Es gibt einen Beleg mit Empfangsbestätigung. Das Problem: Der Postbote hatte

Die Puppe kam angeblich nie an, wurde laut Shop aber geliefert

sich den Empfang zwar quittieren lassen, doch der Beleg in den Akten macht deutlich: So hätte jeder gegenzeichnen können. Zu sehen ist auf der Quittung lediglich ein einziger Querstrich, von einem Namen oder Adressaten kann keine Rede sein.

Und weil der Mann mit dem zugegeben etwas komplizierten Nachnamen der Einfachheit halber seinen Namen abgekürzt im Bestellformular angab, fand er sich wegen Betrugs auf der Anklagebank des Amtsgerichts wieder. Denn ein falscher Name und ein säumiger Zahler, das war für den Lieferanten ein eindeutiges Indiz für betrügerisches Verhalten. Immerhin hatte er auf wiederholte Zahlungserinnerungen nicht reagiert. Dafür nannte er auf der Anklagebank auch einen Grund: „Ich habe kein Paket erhalten, deshalb habe ich auch nicht auf die Mahnungen reagiert“, erklärte der 42-Jährige schulterzuckend seine Unschuld. Für ihn sei die An-

gelegenheit damit erledigt gewesen. Und seinen Namen habe er lediglich abgekürzt im Bestellformular angegeben, aber unbestritten sein korrektes Geburtsdatum angegeben.

Zum Glück steht auf dem Empfängerbeleg das Datum und die Uhrzeit. „Da war ich noch auf der Arbeit, das kann mein Arbeitgeber bezeugen“, sagte der Angeklagte und sah eine Chance, seine Unschuld zu bezeugen. Das waren allerdings nur leere Worte. Zum nächsten Verhandlungstermin zog er es vor, erst gar nicht zu erscheinen, fehlte unentschuldigt. Und wurde prompt verurteilt: Zu einer Geldstrafe von 1000 Euro (50 Tagesätze zu je 20 Euro).

KOMMENTAR

Dauerthema vor der Wahl erledigt

ANDREAS DAMM
zum Verzicht auf den Ausbau des Godorfer Hafens



Was die Gegner des Hafenausbau im Pfarrsaal der Sürther Auferstehungskirche zu hören bekamen, muss ihnen wie eine Erfüllung vorgekommen sein. Sie dürfen sich belohnt fühlen für ihren Einsatz gegen ein 75 Millionen Euro teures Bauvorhaben, dessen wirtschaftlicher Nutzen nie überzeugend nachgewiesen wurde, dessen Schaden für das Naturschutzgebiet Sürther Aue dagegen für jedermann sichtbar wäre. CDU-Chef Bernd Petekau steht im Wort, die Erweiterung des Godorfer Hafens um ein 370 Meter langes Becken sowie Gleisanlagen und Container-Kräne gemeinsam mit dem grünen Bündnispartner bis Jahresende durch einen Ratsbeschluss aufzugeben. Da mindestens die Linke und die FDP zustimmen werden, muss die Hafengesellschaft HGK die Planungsakten schließen.

CDU und Grüne hatten bereits in ihrem Bündnisvertrag die Grundsatzfrage entschieden: „Auf die Weiterführung der Planung zum Ausbau des Godorfer Hafens wird verzichtet, da dies ökonomisch eine Fehlinvestition öffentlicher Mittel wäre und zudem das Naturschutzgebiet Sürther Aue unwiederbringlich zerstören würde.“ Der den Bürgern am Dienstagabend angekündigte Beschluss bedeutet nicht nur einen Planungsstopp, sondern den vollständigen Verzicht auf den Hafenausbau.

Auf der gegenüberliegenden Rheinseite in Lülsdorf will der Chemiekonzern Evonik seinen Werkshafen zu einem Logistikzentrum erweitern. Davon könnte Köln profitieren. Für Petekau dürften indes strategische Überlegungen zur Kommunalwahl 2020 eine größere Rolle gespielt haben. Die Europawahl hat verdeutlicht, welch hohen Stellenwert Umweltschutz und Klimapolitik bei den Bürgern derzeit haben. Dieses Feld will die CDU nicht länger ihrem Bündnispartner überlassen. Ein Naturschutzgebiet, das durch ein umstrittenes Bauvorhaben zerstört zu werden droht – ein besseres Wahlkampfthema hätten sich die Grünen kaum wünschen können.

Bei Streit am Neumarkt mit Messer verletzt

Bei einer Auseinandersetzung vor der Stadtbibliothek am Josef-Haubrich-Hof ist ein 35-Jähriger am Dienstag durch Messerstiche schwer verletzt worden. Er sei außer Lebensgefahr, sagte eine Polizeisprecherin. Vier Männer waren an dem Streit beteiligt. Die Ursache ist unklar, nach zwei Männern fahndet die Polizei. Die Ermittler werten Videomaterial aus. Mindestens einer sei gegen 17.30 Uhr mit einem Messer in der Hand über die Fleischmengergasse Richtung Bayardsgasse geflüchtet. Einer der Gesuchten ist ca. 1,80 Meter groß und schmächtig. Er soll dunkles Haar haben und ein weißes T-Shirt getragen haben. Hinweise an die Polizei, Telefon 0221/229-0. (ts)